

Eing. 28. NOV. 2017

FDP-Fraktion

im Kreistag des Landkreises Kassel

Abt. MTV/160

SPD-Fraktion

im Kreistag des Landkreises Kassel

Gemeinsamer Antrag zu TOP 13 der Kreistagssitzung vom 7. Dezember 2017

Beschlussvorschlag:

Das vom Kreisausschuss vorgelegte Präventionskonzept „Jugendhilfe“, Seite 26, wird mit folgenden Maßgaben *beschlossen*:

- **Anlage 1 des Präventionskonzeptes (Seite 27):**

Für das Vernetzungs- und Kooperationsprojekt „JAWohL“ werden im Haushalt Mittel in Höhe von 28.000 € zur Verfügung gestellt.

Diese sind innerhalb des Produktbereiches 36 (Kinder-, Jugend- und Familienhilfe) zu erwirtschaften.

Die operative Umsetzung des Konzeptes ist zielstrebig zu verfolgen.

- **Anlage 2 des Präventionskonzeptes (Seite 41):**

Da für das Konzept zum Ausbau der Beratungsressourcen der Jugend- und Familienberatung im Umfang von ca. 65.000 € derzeit keine Eigenmittel des Landkreises zur Verfügung stehen, wird angestrebt, zu erwartende zusätzliche Fördermittel des Landes („Kommunalisierte Landesmittel“) zur teilweisen Finanzierung zusätzlicher, zweckentsprechender Personalkapazitäten einzusetzen.

- **Anlage 3 des Präventionskonzeptes (Seite 45):**

Das Konzept der Flexiblen Ambulanten Betreuung ist kostenneutral umzusetzen.

- **Allgemeiner Sozialer Dienst / Kinderschutzfachdienst (ohne Anlage):**

Vor dem Hintergrund der im Stellenplan vorgesehenen zusätzlichen 4 neuen Stellen wird der Kreisausschuss zunächst beauftragt, die Fallzahlentwicklung im Bereich der Erzieherischen Hilfen und im Kinderschutz sorgfältig zu beobachten. Im Falle weiterer unumgänglicher Fallzahlsteigerungen ist die Option zur Festlegung von Fallzahläquivalenten erneut zu prüfen.

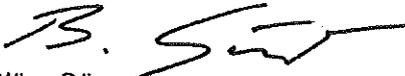
- **Anlage 4-1 / 4-2 des Präventionskonzeptes (Seite 49):**

Die in den Anlagen 4-1 und 4-2 enthaltenen Maßnahmen werden bei der Erstellung des Haushalts 2019 berücksichtigt. Der Kreisausschuss wird beauftragt, die Entwicklung der Fallzahlen im Laufe des Jahres 2018 im Zusammenspiel mit den bereits beschlossenen Maßnahmen zu beobachten und den Mehrbedarf genauer abzuschätzen. Zusätzlich benötigte Stellen sind,

soweit möglich, zunächst aus anderen Bereichen, etwa der Flüchtlingshilfe,
umzuschichten.

Begründung:

Erfolgt mündlich.


Björn Sänger
FDP-Fraktion

Gez.
Dieter Lengemann
SPD-Fraktion